

Gabriel signalisiert Zustimmung zu Dobrindts Mautkonzept

Berlin, 09.09.2014, 21:04 Uhr

GDN - Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) signalisiert überraschend Zustimmung zu dem Mautkonzept von Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU). "Die Grundzüge des geplanten Vignettensystems" begegneten "keinen durchgreifenden Bedenken", heißt es in einem Papier des Wirtschaftsministeriums, aus dem die "Süddeutsche Zeitung" (Mittwochsausgabe) zitiert.

Der Plan, für alle Autofahrer eine Pkw-Maut einzuführen, "bei gleichzeitiger Kompensation der inländischen Kfz-Halter durch eine entsprechende Senkung der Kfz-Steuer" erscheine "im Grundsatz europarechtlich vertretbar", schreiben Gabriels Experten der SZ zufolge weiter. Durch die gleichzeitig mit der Maut geplante Senkung der Kfz-Steuer für Inländer werde erreicht, dass es nicht zu einer "Doppelbelastung der Inländer" komme. Der Einstieg in die Nutzerfinanzierung führe somit "nicht zu einer Ungleichbehandlung, sondern zu einer Gleichbehandlung in- und ausländischer Kfz-Halter". Die SPD hatte die Pkw-Maut in den Koalitionsverhandlungen noch auf das Schärfste bekämpft. Mit der positiven Äußerung aus dem Wirtschaftsministerium kommen allerdings nun die stärksten Vorbehalte aus CDU-geführten Ministerien. Erst am Wochenende wurde bekannt, dass sowohl Finanzminister Wolfgang Schäuble als auch Innenminister Thomas de Maizière (beide CDU) gravierende Einwände gegen Dobrindts Mautkonzept haben. So befürchtet Schäuble, dass es unterm Strich erheblich weniger als die vom Verkehrsministerium genannten 600 Millionen Euro pro Jahr einbringen wird, weil die Kosten für die Einführung und den Betrieb des Maut-Systems womöglich zu niedrig angesetzt seien. Innenminister de Maizière meldete zudem verfassungsrechtliche Bedenken an, weil Besitzer von Pkw, Kleinlastern und Lkw ungleich behandelt würden: So müssen nach Dobrindts Plänen in Zukunft zwar Autos eine Pkw-Maut zahlen und Lkws eine Lkw-Maut. Fahrzeuge zwischen 3,5 und 7,5 Tonnen aber sollen nicht belastet werden. Die Experten des Wirtschaftsministerium weisen dagegen auf andere kritische Punkte hin, wie etwa die Grenzregionen, die künftig unter Einbußen leiden könnten, wenn weniger Ausländer zum Einkaufen nach Deutschland kommen. Doch offenbar halten sie das Problem für leicht lösbar. Da seien "eventuelle Sonderregelungen in Betracht zu ziehen", schreiben sie der Zeitung zufolge.

Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-40715/gabriel-signalisiert-zustimmung-zu-dobrindts-mautkonzept.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619